

# „Dürfen Kürzung nicht auf die Eltern abwälzen“

## Erhöhung der Kita-Gebühren: Auch in den Parteien gibt es noch jede Menge Beratungsbedarf

VON KURT EHMKE

■ **Bielefeld.** Bis zu 92 Prozent teurer werden sollen Kita-Plätze in Bielefeld, schlägt die Verwaltung vor. Aber auch, dass Kinder von Eltern mit bis zu 17.000 Euro Brutto-Jahreseinkommen nichts mehr bezahlen müssen. Die im Rat vertretenen Parteien spalten sich in zwei bis drei Lager. Und sind intern oft noch nicht einig.

Für die SPD sitzt Ratsherr Nicolas Tsapros im Jugendhilfeausschuss. Er ist sauer auf die CDU/FDP-Landesregierung, die der Stadt durch Kürzungen im Kita-Bereich 1,7 Millionen Euro auf-

bürdet. „Wenn überhaupt was an der Vorlage positiv ist, dann, dass Geschwisterkinder befreit werden und es für ALG-II-Empfänger eine Gebührenbefreiung gibt.“ Er hat Bauschmerzen: „Wenn ich zustimme, dann nur, wenn wir das daran knüpfen, dass die Betreuung Unter-Dreijähriger verlässlicher wird und hier eine Versorgungsquote von 20 Prozent angestrebt wird.“

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Hans Hamann hingegen meint: „Ich finde, dass wir die Kürzung nicht auf die Eltern abwälzen dürfen.“ Beratungsbedarf hat auch die CDU noch. Jan Scholten, Rats-

herr und stellvertretender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses: „Wir überlegen noch.“ Er findet es „nicht in Ordnung, dass wir die Landeskürzungen auf die Eltern abwälzen“. Sollte das aber für die CDU doch der einzige Weg sein, den Haushalt nicht zu überfordern, wünscht er sich eine lineare Steigerung der Gebühren. „Mir erscheint die aktuelle Staffeung etwas willkürlich.“

Um die höheren Einkommen solle er sich nicht, „es muss möglich sein, dass jeder sein Kind in die Kita bringen kann.“ Für die Grünen-Fraktionschefin Dr. Inge Schulze ist die

Vorlage „im Prinzip vernünftig“. Gut sei der Freibetrag, gut die soziale Staffeung. „Man muss Ross und Reiter nennen – Schuld ist das Land.“ Da dort weitere Beschlüsse anstehen, die die Kita-Kosten erneut nach oben treiben, sagt Schulze: „Dann müssen wir alles aus dem Haushalt finanzieren, noch einmal dürfen wir das nicht auf die Eltern abwälzen.“

Für die FDP sagt Ratsherr Harald Buschmann: „Ziel muss auf Landesebene bis zum Ende der Legislaturperiode sein, dass Kita-Plätze kostenlos sind.“ Die aktuelle Entwicklung sei kontraproduktiv. Kindergärten und Schu-

len seien wichtige Bildungs- und Integrationsrichtungen. Die Erhöhung sei unangenehm, aber im Nothaushaltsrecht wohl nicht anders möglich.

BfB-Ratsherr Alexander von Spiegel: „Irgendjemand muss das doch bezahlen. Ich habe keine Kinder, soll ich jetzt Kindergärtenplätze bezahlen?“

Armin Wenske (Bürgernähe) hält die Erhöhung „für ein falsches Zeichen“. Wenske: „Das passt nicht in die politische Landschaft, wo alle die Bedeutung von Kindern hervorheben.“ Beate Niemeyer (PDS) sagt: „Kitas sollten kostenlos sein.“